

Beschlüsse aller angenommenen Anträge
Wirtschaftsparlament NÖ 12.11.2025

5.1 Forderungen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes und Förderung des Arbeitsmarktes
Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich möge sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich dafür einsetzen, dass kurz und mittelfristig

- die Deckelung beim Investitionsfreibetrag angehoben wird.
- ein Verlustrücktrag eingeführt wird.
- die Verlustvortragsgrenze bei Kapitalgesellschaften von 75% wegfällt.
- die Buchführungsgrenzen und Grenzen für die Branchenpauschalierungen valorisiert werden.
- durch eine Änderung des KJBG die Verteilung der Arbeitszeit von Lehrlingen auf 4 Tage pro Kalenderwoche möglich wird.
- Vollzeitarbeit durch Einführung eines Vollzeitbonus gefördert wird.
- Überstunden zur Gänze steuerfrei werden.
- die Lohnnebenkosten gesenkt werden.
- die Steuer in den mittleren Einkommensstufen gesenkt wird.
- die Bildungsprämie wieder eingeführt wird.
- die angekündigten Anreize für Arbeiten im Alter zeitnah umgesetzt werden.
- die angekündigten Verbesserungen beim Hälftesteuersatz umgesetzt werden.
- Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Konditionen sichergestellt wird.“

5.2 Fairnesspaket für die Wirtschaft
Vizepräsidentin KommR Monika Eisenhuber

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer NÖ wird aufgefordert, an die Wirtschaftskammer Österreich und die politischen Verantwortungsträger mit dem Ersuchen heranzutreten, sich dafür einzusetzen, dass ein Fairnesspaket für die Wirtschaft mit den in der Begründung angeführten Punkten umgesetzt wird.“

5.3 Bürokratiebelastungen für Unternehmen deutlich reduzieren
Vizepräsident LAbg. KommR Mag. Kurt Hackl

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich setzt sich bei den gesetzgebenden Körperschaften sowie bei den Verwaltungsorganen dafür ein, dass die Bürokratiebelastung für Unternehmen deutlich gesenkt wird und konkrete gesetzliche und verwaltungsmäßige Entlastungsmaßnahmen (Gesetze, Verordnungen, Verwaltungshandeln) beschlossen werden.“

5.4 One-stop-Shop bei Exportkontrolle
KommR Veit Schmid-Schmidtsfelden und Florian Hengl

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer NÖ wird aufgefordert, an die Wirtschaftskammer Österreich und die politischen Verantwortungsträger des Bundes mit dem Ersuchen heranzutreten, bei der

Exportkontrolle künftig nur ein einziges Regime zur Anwendung kommen zu lassen und das Verfahren von einer einzigen Behörde führen zu lassen.“

5.6 Standort Österreich stärken: Maßnahmenpaket für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand

DI Armin RAINER und Jürgen Margetich

Beschluss

1. Arbeitsvolumen erhöhen: Feiertage auf EU-Durchschnitt reduzieren

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert die WKÖ dazu auf, sich beim Bund für eine Reduktion der gesetzlichen Feiertage um zwei Tage einzusetzen, um sich dem Durchschnitt der wichtigsten EU-Mitbewerber anzunähern (BENESCAND-Länder). Die Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert zusätzlich die Niederösterreichische Landesregierung auf, auf die Abschaffung landesgesetzlicher Sonderfeiertage hinzuwirken, die ausschließlich bestimmten Berufsgruppen (Landesbediensteten) dienstfrei gewährt werden.

2. Unternehmen entlasten: Entgelt im Krankenstand fair gestalten

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert die WKÖ auf, gegenüber der Bundesregierung und den Sozialpartnern auf ein modernes Entgeltfortzahlungssystem hinzuwirken, dass die Einführung eines Karenztages sowie eine antragslose Refundierung binnen vier Wochen ab dem 11. Krankenstands Tag für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeiter: innen vorsieht.

3. Lohnkosten senken: Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit steuer- und abgabenfrei stellen

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert die WKÖ auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die vollständige Steuer- und Abgabenfreiheit sämtlicher Zuschläge für Überstunden sowie Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit einzusetzen, unabhängig davon, ob diese in Freizeit oder Geld abgegolten werden.

4. Handel fördern: Freigabe der Ladenöffnungszeiten

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) auf, sich gegenüber der Bundesregierung für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und die ersatzlose Streichung aller bundesweiten Öffnungszeitregelungen einzusetzen. Gleichzeitig wird die Niederösterreichische Landesregierung aufgefordert, bestehende landesrechtliche Regelungen im Bereich der Ladenöffnungszeiten zu vereinfachen oder aufzuheben, soweit diese in Landeskompetenz liegen, um Unternehmer:innen mehr Entscheidungsfreiheit über ihre Öffnungszeiten zu ermöglichen.

6. Bürokratie abbauen: Einheitliche Vollziehung von Bundesrecht sicherstellen

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich beschließt, dass die Wirtschaftskammer Niederösterreich gemeinsam mit den anderen Landeskammern der Wirtschaftskammerorganisation eine Arbeitsgemeinschaft zur Vollzugsharmonisierung einrichtet, um Unterschiede in der Vollziehungspraxis von Bundesgesetzen systematisch zu erheben und zu dokumentieren. Diese Erhebung soll Grundlage für eine gemeinsame Positionierung gegenüber der Bundesregierung dienen. Ziel ist es, auf Basis der gewonnenen Daten eine einheitliche Vollziehung durch klarstellende Richtlinien und Erlässe sowie eine zentrale Datenerhebung und Auswertung auf Bundesebene einzufordern.“

5.8 Industriestrategie: Produzieren in Österreich - Zukunft sichern

Reinhard Langthaler

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bundeswirtschaftskammer und den Landesorganisationen eine umfassende Industriestrategie zu entwickeln und umzusetzen.“

Ziel ist es, die industrielle Produktion in Österreich zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Investitionen wieder im Land zu fördern.“

5.9 KMU-Strategie: Entlasten - Investieren - Zukunft sichern

Reinhard Langthaler

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert, eine umfassende KMU-Strategie zur Entlastung, Förderung und Zukunftssicherung kleiner und mittlerer Betriebe (KMU) zu entwickeln und umzusetzen. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Investitionen zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern und die Bürokratiebelastung nachhaltig zu senken.“

5.11 Schluss mit unfair hohen Verzugszinsen für die Unternehmen

Vizepräsident KommR Thomas Schaden und KommR Martina Klengl

Beschluss

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich dafür einsetzen, dass die Verzugszinsen (Stundungszinsen und Anspruchszinsen) für Unternehmen bei Zahlungen an SVS, Finanzamt und ÖGK auf ein deutlich niedrigeres, angemessenes, marktübliches Niveau gesenkt werden. Dies sollte durch Reduktion der Zuschläge für die Unternehmen erreicht werden, was speziell für EPU sowie Klein- und Mittelbetriebe wichtig wäre. Zudem soll eine gesetzliche Obergrenze für diese Verzugszinsen im öffentlichen Bereich eingeführt werden und es Stundungsmöglichkeiten ohne Strafaufschlänge bei nachweislich schwieriger wirtschaftlicher Situation geben.“

Zugleich ist sicherzustellen, dass Guthaben der Unternehmen beim Finanzamt unmittelbar zur Auszahlung kommen.“

5.12 Soziale Absicherung für UnternehmerInnen nach Beendigung des Gewerbes, wie z.B. durch Insolvenz, stärken und die Nachversicherung bei der Pflichtversicherung erweitern

Vizepräsident KommR Thomas Schaden und KommR Martina Klengl

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich selbst und gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich für eine umfassendere Nachversicherung der UnternehmerInnen bei Rücklegung des Gewerbes einsetzen, um in Änderung und Erweiterung der Bestimmungen des § 82 GSVG sicherzustellen, dass alle GSVG-Versicherten nach Ende der Pflichtversicherung noch 13 Wochen krankenversichert sind und Leistungen der medizinischen Behandlung sowie Leistungen der chirurgischen und konservierenden Zahnbehandlung erhalten.“

5.14 Die Wirtschaft als Partnerin der ökologischen Transformation stärken

August Lechner

Beschluss:

„Das Wirtschaftsparlament Niederösterreich fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass der eingeschlagene Weg zur ökologischen Transformation der Wirtschaft konsequent weitergeführt wird. Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich auf allen Ebenen dafür starkmachen, dass Fördermittel, Beratung und Rahmenbedingungen so ausgestaltet sind, dass Betriebe bei der Umstellung auf klimafreundliche Technologien bestmöglich unterstützt werden.“

So wird Klimaschutz zur Chance - für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und sichere Arbeitsplätze in einem starken, zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Österreich.“

5.15 Innenstadt- und Dorfkernentwicklung mutig neu denken - Stadt- und Dorfkerne lebendig halten, Betriebe fördern

August Lechner

Beschluss:

„Das Präsidium und die Direktion der WKNÖ werden beauftragt und ersucht, innerhalb der laufenden Funktionsperiode:

1. Ein Innenstadt- und Dorfkern-Innovationsprogramm zu entwickeln, das folgende Maßnahmen umfasst:
 - a. Förderlinien für Innenstadt- und Dorfkernbetriebe (Mietzuschüsse, Umzugszuschüsse, Innovationszuschüsse)
 - b. Pilotzonen konsumfreier Erlebnis- und Begegnungsflächen in mehreren Gemeinden, unterstützt durch Personalkostenmodelle („Kümmerer/Innenstadtführende/Moderierende“)
 - c. Arbeitsgruppe zur Reform von Betriebsstätten- und Baunormen, zur Erleichterung von Umnutzungen und Revitalisierungen
 - d. Strategie für Logistikgerechtigkeit: Vorschläge für Beteiligung großer Onlineplattformen an Infrastrukturkosten, Abgaben oder fairen Logistikverträgen
 - e. Honorar-/Fördermodelle für Gewerbetreibende in Innenstadtzonen, die Aufenthaltsqualität schaffen (auch ohne klassischen Warenverkauf).
2. In Zusammenarbeit mit Land Niederösterreich, Städten und Gemeinden und weiteren Stakeholdern konkrete Pilotstandorte auszuwählen um Finanzierungsmodelle (Landesmittel, EU-Programme, öffentliche-private Partnerschaften) zu erarbeiten.
3. Ein Monitoring- und Evaluationssystem aufzusetzen: jährlich Bericht mit Kennzahlen (Leerstandsquoten, Umsatzentwicklung, Besucherzahlen, Initiativenanzahl) und Veröffentlichung im Rahmen der Kammerkommunikation.“